

Presseerklärung

Grömitz, den 28.03.2023

DStGB-Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr:

Wirtschaftliche Entwicklung und Klimaschutz gemeinsam denken

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr des Deutschen Städte- und Gemeindebundes beschäftigte sich im Rahmen seiner Sitzung am 28. März 2023 in Grömitz mit der Entwicklung nachhaltiger Gewerbegebiete und der zunehmenden Flächenkonkurrenz in Städten und Gemeinden. Die Ansiedlung von Unternehmen und die Ausweisung nachhaltiger Gewerbegebiete müsse auch in dieser Situation möglich bleiben.

„Flächen sind zu einem knappen Gut in den meisten Kommunen geworden. Für die wirtschaftliche Weiterentwicklung ganzer Regionen sind zusätzliche, erweiterte oder neu genutzte Gewerbe- und Industrieflächen aber von zentraler Bedeutung. Erst die daraus resultierenden Gewerbesteuererinnahmen ermöglichen vielerorts kommunale Investitionen uns sichern Lebens- und Standortqualität“, betonten der **Vorsitzende des Ausschusses Bürgermeister Ingo Hacker** (Neuhausen auf den Fildern) und der gastgebende **Bürgermeister Mark Burmeister** (Grömitz).

Zunehmende Nutzungskonflikte zwischen Ausbau der erneuerbaren Energien, Schaffung von neuem Wohnraum und dem Ziel der Flächensparsamkeit sorgen dafür, dass nahezu im gesamten Bundesgebiet bereits heute sehr viele Ansiedlungsanfragen wegen ungeeigneter bzw. nicht vorhandener Flächen nicht bedient werden können. Der Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen kann neben dem Fachkräftemangel zu einem zentralen Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland werden. Die Kommunen sind bemüht durch Nachnutzung von Brachflächen oder interkommunale Kooperationen möglichst flächensparend Wirtschaftsstandorte zu entwickeln.

„Viele Städte und Gemeinden entwickeln derzeit grüne Gewerbegebiete, die eine Weiterentwicklung der kommunalen Wirtschaftsstrukturen unter Gesichtspunkte der Nach-

*haltigkeit stellt. Diese positive Entwicklung sollte stärker unterstützt werden, beispielsweise durch vereinfachte Genehmigungsverfahren und eine gezielte Förderung“, schlagen **Hacker** und **Burmeister** vor.*

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich dafür ein, dass die Kommunen in ihren Entscheidungsmöglichkeiten zur Flächeninanspruchnahme nicht eingeschränkt werden. *„Die Kommunen sind seit jeher gefordert, unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse bei der Flächenentwicklung zu berücksichtigen. Um im Sinne einer nachhaltigen und klimaschonenden Wirtschaftsentwicklung agieren zu können, brauchen wir weiterhin Handlungsspielräume. Diese sollten nicht durch Vorgaben von Bund und Ländern zu sehr eingeschränkt werden, Ein Ausgleich der Interessen und die Lösung von Nutzungskonflikten sind Aufgaben, die nur vor Ort gelöst werden können“, so **Hacker** und **Burmeister** abschließend.*